

Erschienen in: Fritz Plasser (Hrsg.), Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich, Wien: Facultas, 2010, 313-337.

Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript. Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.

Mehr als ein Auslöser der Neuwahl?
Die Europapolitik, die Kronenzeitung und die Wahlentscheidung 2008

Harald Schoen
Otto-Friedrich-Universität Bamberg
Feldkirchenstraße 21
D-96047 Bamberg
Germany
Tel. +49-951-863-2738
Email: harald.schoen@uni-bamberg.de

1. Einleitung

Entgegen der verbreiteten Auffassung von der geringen Bedeutung der Printmedien in der modernen politischen Kommunikation ist die Nationalratswahl 2008 ohne einen Leserbrief nicht denkbar. Denn am 26. Juni 2008 veröffentlichte die *Neue Kronen Zeitung* einen Brief an den Herausgeber, in dem sich der SPÖ-Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und der geschäftsführende SPÖ-Vorsitzende Werner Faymann dafür aussprachen, in Österreich über Änderungen europäischer Vertragswerke künftig Referenden abzuhalten (Gusenbauer und Faymann 2008). Einige Tage später wiederholte Gusenbauer (2008) diese Forderung in einem Namensartikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* unter dem Titel „Warum Europa die Europäer nicht fürchten sollte“. Zugleich nutzte er die Gelegenheit, eine ausführliche Begründung zu liefern für den sozialdemokratischen Sinneswandel, der weithin als Kotau vor der europaskeptischen Position der auflagenstärksten Boulevardzeitung des Landes interpretiert wurde. Diese europapolitische Kehrtwende der SPÖ verfehlte ihre Wirkung nicht: Die ÖVP nahm die Abkehr des Koalitionspartners vom langjährigen europapolitischen Konsens zwischen ÖVP und SPÖ zum Anlass, das Regierungsbündnis mit den Sozialdemokraten vorzeitig zu beenden (Olt 2008). Im Ergebnis führte erstmals in Österreichs Geschichte ein europapolitischer Dissens zu vorgezogenen Nationalratswahlen.

Da eine europapolitische Streitfrage die Parlamentswahl herbeiführte, stellt sich beinahe von selbst die Frage, ob die Europapolitik auch das Wahlverhalten am 28. September 2008 beeinflusste. Auch Gusenbauer (2008) warf diese Frage zumindest implizit auf. Denn er forderte Referenden als Instrument zur Stärkung der vermeintlich schwachen Verknüpfung zwischen den Präferenzen der Bürger und den Entscheidungen der Eliten in der Europapolitik zu stärken. Eine enge Verknüpfung zwischen Bürgerwünschen und Elitenhandeln setzt freilich nicht zwingend Referenden voraus, sondern ist auch in einer rein repräsentativen Demokratie möglich. Dazu müssen die Bürger echte Einstellungen zur europäischen Integration besitzen und sich von diesen bei der Wahlentscheidung leiten lassen. Anschließend müssen die politischen Eliten auf die so geäußerten Bürgerpräferenzen responsiv reagieren (Carrubba 2001; Hobolt und Klemmensen 2005). Indem er für Referenden plädierte, unterstellte Gusenbauer (2008), dass diese Verknüpfung in der österreichischen Europapolitik nicht funktioniere.

Ob der damalige Bundeskanzler mit dieser Einschätzung Recht hatte, lässt sich auf der Grundlage vorliegender Analysen nur schwer beurteilen. Detailstudien zur europapolitischen Elitenresponsivität in Österreich sind dem Verfasser nicht bekannt. Was das europapolitische Issuewählen in österreichischen

Nationalratswahlen angeht,¹ erlaubt die vorliegende Evidenz ebenfalls keine eindeutigen Schlussfolgerungen. Untersuchungen, die sich auf Selbstauskünfte von Wählern stützen, legen den Schluss nahe, dass EU-Fragen beim Wahlverhalten in Österreich seit dem EU-Beitritt des Landes keine allzu wichtige Rolle spielten (Plasser, Ulram und Seeber 2003: 138-145; 2007: 181-186; Plasser und Ulram 2007: 25). Allerdings ist bei Auskünften von Befragten über ihre Entscheidungsmotive Vorsicht geboten, da solche Angaben erheblich verzerrt sein können. Daher erscheint es angemessener, die Wirkung von EU-bezogenen Einstellungen (siehe dazu Palme 2000) auf Wahlverhalten mit Hilfe von Regressionstechniken zu untersuchen. Die einzige derartige Untersuchung scheint die These vom EU-Issuewählen zu unterstützen (Tillman 2004). Jedoch weist der Autor selbst auf eine Reihe methodischer Einwände hin, die Zweifel an der Validität seiner Schlussfolgerungen nähren. Daher muss es als ungewiss gelten, ob EU-bezogene Einstellungen das Wahlverhalten in Österreich tatsächlich beeinflussen. Mit anderen Worten, es ist unklar, ob die zentrale wählerseitige Voraussetzung für eine enge elektorale Verknüpfung zwischen Bürgern und Eliten in Österreich erfüllt ist.

Der vorliegende Aufsatz untersucht daher den Einfluss europapolitischer Einstellungen auf das Wahlverhalten bei der österreichischen Nationalratswahl 2008. Gestützt auf eine theoretische Diskussion werden Hypothesen zu den Wirkungen europapolitischer Orientierungen auf das Wahlverhalten formuliert. Diese Hypothesen werden mit Hilfe von Daten aus einer Umfrage unter zufällig ausgewählten Wählern geprüft. Den Aufsatz schließt eine kurze Diskussion zentraler Ergebnisse und Schlussfolgerungen ab.

2. Europäische Integration und Wahlverhalten in Österreich

Aus demokratietheoretischer Sicht gelten Wahlen als Instrumente, die die Policy-Präferenzen der Bürger mit den politischen Entscheidungen der gewählten Repräsentanten verknüpfen (z.B. Powell 2000). Damit diese elektorale Verknüpfung funktioniert, müssen verschiedene Bedingungen erfüllt sein. Zum einen müssen sich politische Eliten responsiv gegenüber den Policy-Präferenzen der Bürger verhalten, da andernfalls die kollektiv verbindlichen Entscheidungen deutlich von den Bürgerpräferenzen abweichen können (z.B. Page und Shapiro 1992; Jacobs und Page 2005). Zum anderen müssen sich Bürger bei der Wahlentscheidung auf pro- oder retrospektive Issueorientierungen stützen.

¹ Wie Schmitt (2005: 660) zeigt, scheint die Entscheidung über die Beteiligung an der Europawahl 2004 in Österreich nicht von europapolitischen Einstellungen beeinflusst worden zu sein.

Dementsprechend belohnen oder bestrafen Bürger bei der Stimmabgabe Politiker für deren (Fehl-)Leistungen, oder sie stimmen für diejenige Partei, deren Policy-Angebot ihrer eigenen Vorstellung am nächsten kommt. Sofern policy-bezogene Einstellungen bei der Wahlentscheidung keine Rolle spielen, spiegelt der Wahlausgang nicht die Policy-Präferenzen der Bürger wider. In diesem Fall könnten selbst die Entscheidungen responsivitätswilliger Eliten deutlich von den Präferenzen der Bürger abweichen. Policy-orientiertes Wahlverhalten ist daher von entscheidender Bedeutung für die elektorale Verknüpfung von Bürgerpräferenzen und Elitenentscheidungen (z.B. Adams und Merrill 2005; Alvarez, Nagler und Willette 2000).

Zugleich ist policy-orientiertes Wahlverhalten nicht selbstverständlich, sondern an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft (z.B. Campbell u.a. 1960: 168-187). Erstens geht man davon aus, dass ein Issuewähler eine Policy-Frage wahrnimmt und dazu eine eigene Position entwickelt. Zudem sieht er sich die Policy-Positionen der konkurrierenden Parteien an. Stellt er Positionsunterschiede fest, kann er aufgrund seiner Issuepräferenzen entscheiden. Damit man von echtem Issuewählen sprechen kann, müssen die Issueorientierungen auch unter Kontrolle anderer potentieller Einflussfaktoren das Wahlverhalten beeinflussen. Beispielsweise würde man einen Wähler, der im Einklang mit seiner Issuepräferenz für die Partei votiert, der er sich seit langem verbunden fühlt, nicht als Issuewähler bezeichnen. Denn langfristige Parteibindungen prägen sowohl die Wahlentscheidung als auch die Issueorientierung.²

Die Europäische Integration galt lange Zeit als eine politische Frage, die kaum geeignet schien, das Wahlverhalten zu beeinflussen. Dafür wurden wähler- und elitenbezogene Argumente angeführt. Die Europäische Integration wurde als Teil der Außenpolitik behandelt, die der Regierung vorbehalten sei und über die es deshalb keinen Parteiendissens geben dürfe (van der Eijk und Franklin 2007: 205). Herrscht zu einem Thema ein Allparteienkonsens, können Wähler jedoch anhand dieser Frage schlechterdings nicht zwischen den Parteien entscheiden. Zugleich schien die Europapolitik als Teil der Außenpolitik als zu abstrakt und zu weit vom Alltag der Bürger entfernt, als dass diese sich dazu eine eigenständige Meinung bilden könnten (Inglehart 1970; Lindberg und Scheingold 1971). Vielmehr hätten sie – sieht man einmal von einem kleinen Themenpublikum ab – ihre europapolitischen Standpunkte aus Signalen vertrauter politischer Eliten abgeleitet (siehe Sniderman 1993; Ray 2003). Standpunkte zu politischen Sachfragen, die von Parteibindungen oder Kandidatenorientierungen abgeleitet sind, können aber nicht eigenständig das Wahlverhalten beeinflussen (z.B. Miller und Shanks 1996). Somit trugen

² Was hier exemplarisch für prospektives Issuewählen dargestellt ist, gilt *mutatis mutandis* für andere Formen issuebezogenen Wahlverhaltens.

Argumente zur Angebots- und zur Nachfrageseite am politischen Markt dazu bei, die Europäische Integration wahlpolitisch irrelevant erscheinen zu lassen.

Es ist jedoch fraglich, ob diese Charakterisierung die Realität auch heute noch zutreffend beschreibt. In vielen Ländern ist an die Stelle eines europapolitischen Elitenkonsenses ein deutlicher Dissens zwischen konkurrierenden Parteien getreten. Vor allem, aber nicht ausschließlich Parteien am linken und rechten Rand der europäischen Parteiensysteme haben Europaskepsis auf ihre Fahnen geschrieben (Taggart 1998; Taggart und Szczerbiak 2008; Kriesi u.a. 2008). Darüber hinaus spielt die Europäische Integration in nationalen Wahlkämpfen durchaus eine gewichtige Rolle. Kurzum, die Wähler scheinen vor einer echten europapolitischen Wahl zu stehen, wenn sie ihre Stimme abgeben (de Vries 2007).

Darüber hinaus hat sich auf Seiten der Bürger einiges geändert. Mit der fortschreitenden ‚Vertiefung‘ der Europäischen Integration konnten immer mehr Bürger die Erfahrung machen, dass die Europäische Integration ihr Alltagsleben berührt. In der Folge konnten sie sich eigenständige Urteile über die Europapolitik bilden und waren nicht länger (allein) auf Elitensignale angewiesen. Im Einklang damit konnte unter anderem gezeigt werden, dass EU-bezogene Einstellungen von Urteilen über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und wahrgenommenen kulturellen Bedrohungen beeinflusst werden (Gabel 1998a, b; McLaren 2002; Rohrschneider 2002; Hooghe und Marks 2004, 2005). Somit erscheint die Europäische Integration nicht länger als eine ‚schwierige‘ Sachfrage, mit der die meisten Wähler alleine nicht zurecht kommen.

Diese Charakterisierungen scheinen auch die politische Landschaft Österreichs angemessen zu beschreiben. Was die Wählerseite angeht, liegen zwar kaum Analysen vor, die die Determinanten europapolitischer Einstellungen allein österreichischer Bürger untersuchen oder die entsprechenden Ergebnisse separat ausweisen. Jedoch hat bislang noch keine der Untersuchungen, die auf elitenunabhängige Faktoren in der europapolitischen Meinungsbildung hindeuten, ihre Gültigkeit für Österreich in Frage gestellt (Hooghe und Marks 2004, 2005; Kritzinger 2005).

Auf der Parteienseite ist seit den neunziger Jahren ein europapolitischer Dissens offenkundig. Damals begannen die vorher europhilen Freiheitlichen die Europa-Skepsis zu einem ihrer Markenzeichen zu machen (Müller 2000: 33). Das Bündnis für die Zukunft Österreichs (BZÖ) teilt mit seiner Mutterpartei die europakritische Haltung (Müller 2008). Die Grünen entwickelten sich komplementär zur FPÖ von Gegnern des EU-Beitritts (Fitzmaurice 1995) zu entschiedenen Verfechtern der Europäischen Integration. ÖVP und SPÖ hielten seit den neunziger Jahren an einer dezidiert pro-europäischen Position fest, bis die Sozialdemokraten im Jahr 2008 für EU-bezogene Referenden zu plädieren begannen (SPÖ 2008: 36-37). Sie machten sich damit nicht offen

europafeindliche Positionen zu eigen, hörten aber doch auf, unabhängig von der öffentlichen Meinung für die Europäische Integration einzutreten. Im Ergebnis hatten Österreichs Wahlberechtigte die Möglichkeit, bei der Nationalratswahl 2008 eine europapolitisch begründete Entscheidung zu treffen.

Sollten die österreichischen Wähler bei der Stimmabgabe tatsächlich die Europapolitik im Sinn gehabt haben, wäre angesichts dieser Parteipositionen ein klares Muster zu erwarten. Eine europafreundliche Haltung sollte eine Entscheidung zugunsten von ÖVP und Grünen wahrscheinlicher werden lassen. Im Gegenzug sollte Europaskepsis für zusätzliche Stimmen zugunsten von FPÖ und BZÖ sorgen. Die SPÖ vertrat nach ihrer europapolitischen Kehrtwende, verglichen mit den anderen Parteien, eine mittlere Position und dürfte daher weder für sehr europafreundliche noch für ausgesprochen europaskeptische Wähler außerordentlich attraktiv gewesen sein.

Wenn man Wirkungen europapolitischer Einstellungen auf das Wahlverhalten postuliert, ist noch nicht gesagt, dass in allen Wählersegmenten gleichermaßen starke Effekte auftreten. Die traditionelle Sichtweise betrachtet die Europäische Integration als eine ‚schwierige‘ politische Frage und nimmt daher an, europapolitische Einstellungen könnten nur in einem kleinen Segment europapolitischer Experten Wahlverhalten beeinflussen (siehe Carmines und Stimson 1980; Newman 1986; Pattie und Johnston 2001). Die revisionistische Position sieht EU-bezogenes Issuewählen dagegen nicht auf eine kleine Gruppe europapolitischer Spezialisten beschränkt. Vielmehr hätten viele Bürger eigene Erfahrungen mit der Integration gesammelt und seien daher in der Lage, sich eigenständige Urteile zu bilden, wie auch die Parteien mit kontroversen europapolitischen Positionen würden (z.B. Kriesi u.a. 2008). Überdies gehe es in der Europapolitik häufig um symbolische Fragen, zu denen man sich auch ohne Fachwissen ein Urteil bilden könne (McLaren 2002). Folglich sollten praktisch alle Bürger an der Wahlurne gleichermaßen stark auf europapolitische Orientierungen reagieren.

Welcher Standpunkt beschreibt die Situation bei der Nationalratswahl 2008 angemessener? Eine europapolitische Kontroverse löste den Neuwahlprozess aus. In dieser Phase stand die Europapolitik im Vordergrund, so dass das Thema kaum als Spezialistenfrage gelten konnte. Allerdings schoben die Parteien im Verlauf des Wahlkampfes die Europapolitik zugunsten innenpolitischer Themen, mit der Teuerung an der Spitze, in den Hintergrund (Olt 2008; Müller 2009: 2). Die steigenden Preise wurden nicht nur von den Parteien diskutiert, sondern sind zugleich für viele Bürger leichter direkt erfahrbar als die Europapolitik. Daher könnte die Europapolitik aus dem Blickfeld einiger, und zwar vor allem der politisch nicht stark involvierten Bürger verdrängt worden sein. Sollte das zutreffen, wäre damit zu rechnen, dass europapolitische Einstellungen zwar nicht nur, aber verstärkt bei politisch hochgradig involvierten Personen die Wahlentscheidung beeinflussten.

Am Ende der theoretischen Diskussion steht damit die Erwartung, dass die Österreicher zur Nationalratswahl 2008 eigenständige Einstellungen zur Europäischen Integration besaßen. Diese Einstellungen sollten die Wahlentscheidung beeinflusst haben. Insbesondere sollten europafreundliche Ansichten die Wahlchancen der ÖVP und Grünen begünstigt, jene von FPÖ und BZÖ hingegen beeinträchtigt haben. Schließlich könnte EU-bezogenes Issuewählen verstärkt unter politisch hochgradig involvierten Personen auftreten.

3. Daten und Methoden

Die Analyse beruht auf Daten aus einer Wahltagsbefragung. Am 28. September 2008 wurden 1778 zufällig ausgewählte Wählerinnen und Wähler mit Computer-Unterstützung (CATI) telefonisch interviewt (siehe zu Details Plasser und Ulram 2008).³ Gegenstand des Interviews waren das Wahlverhalten und Einstellungen zu politischen Fragen.

Für die vorliegende Problemstellung von zentralem Interesse sind Einstellungen zur europäischen Integration. Sie wurden mit der Frage gemessen, ob die EU-Mitgliedschaft für Österreich mehr Vor- oder Nachteile bringe. Dieses Item erfasst weniger eine Position zu einer spezifischen EU-bezogenen Streitfrage als vielmehr eine recht allgemeine Haltung zur Europäischen Einigung.

Im ersten Teil der Analyse wird untersucht, inwieweit die Einstellungen der Österreicher zur europäischen Integration von Elitensignalen beeinflusst werden. Sollte sich die Haltung der Bürger vollständig daraus erklären lassen, wäre nicht damit zu rechnen, dass Einstellungen zur europäischen Integration das Wahlverhalten eigenständig beeinflussen. Die Bürger könnten ihre Standpunkte vor allem aus Signalen von aus der innenpolitischen Auseinandersetzung vertrauten Eliten ableiten. Anhänger einer Partei sollten daher deren Standpunkte in der Europapolitik vertreten. Sollte das zutreffen, müssten sich Anhänger von FPÖ und BZÖ durch eine ausgeprägte EU-Skepsis auszeichnen. Anhänger der ÖVP und der Grünen sollten dagegen eine vergleichsweise euphile Haltung an den Tag legen. SPÖ-Anhänger schließlich dürften nach dieser Argumentation der EU ambivalent gegenüberstehen. Denn die Sozialdemokraten hatten lange Zeit eine europafreundliche Position vertreten, doch begann die – neue – SPÖ-Führung im Jahr 2008 damit, eine europaskeptischere Haltung zu kultivieren. Folglich dürften die Anhänger der SPÖ in dieser Frage eine mittlere Position einnehmen.

³ Ich danke Gilg Seeber und Fritz Plasser herzlich dafür, dass sie mir die Daten sehr unkompliziert zur Verfügung gestellt haben.

Die parteipolitische Auseinandersetzung in Österreich wurzelt ganz wesentlich in gesellschaftlichen Konfliktlinien, sogenannten Cleavages (Haerpfer und Gehmacher 1984; Müller 2000; siehe Lipset und Rokkan 1967). Daher sollten sich Angehörige verschiedener sozialer Gruppen ebenfalls in ihrer Haltung zur europäischen Integration unterscheiden. So kann man etwa damit rechnen, dass Katholiken als gleichsam natürliche Klientel der ÖVP dieser in ihrer europafreundlichen Position folgen. Die Arbeiterschaft als klassische Bündnispartner der Sozialdemokratie dürfte dagegen weniger europhil eingestellt sein.

Eine weitere Quelle für europapolitische Elitensignale stellen Massenmedien dar. Konsumieren Personen regelmäßig ein Medium mit einem bestimmten Standpunkt zur europäischen Integration, könnten sie sich diese Position mit der Zeit zu eigen machen (z.B. Schmitt-Beck 2000). Für die vorliegende Analyse ist der Medienkonsum in erster Linie wegen der *Neuen Kronen Zeitung* wichtig. Dieses Boulevardblatt mit erheblicher Reichweite warb für eine dezidiert europaskeptische Position und scheint die SPÖ zu einer europapolitischen Kehrtwende bewegt zu haben. Überdies ergriff sie im Wahlkampf unverhohlen Partei für Werner Faymanns SPÖ (Müller 2009: 2). Die Lektüre der *Kronen Zeitung* könnte daher eine Hintergrundvariable sein, die die Wahlentscheidung und die europapolitische Haltung der Wahlberechtigten beeinflusste. Sie ist deshalb bereits in diesem Teil der Analyse zu berücksichtigen, in dem zu klären ist, inwieweit die Bürger eigenständige und daher potentiell entscheidungsrelevante europapolitische Einstellungen besaßen. Hier ist zu erwarten, dass die regelmäßige Lektüre der *Kronen Zeitung* einer europaskeptischen Haltung Vorschub leistete.

Im zweiten Schritt ist zu klären, ob und inwieweit die Haltung der Österreicher zur europäischen Integration ihr Wahlverhalten am 28. September 2008 beeinflusste. Der vorliegende Datensatz enthält ausschließlich Wähler, so dass die Wahlenthaltung hier nicht untersucht werden kann. Darüber hinaus beschränkt sich die Wahlentscheidung auf eine Entscheidung zwischen fünf Parteien: SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne und BZÖ. Die anderen Parteien können wegen zu niedriger Fallzahlen nicht berücksichtigt werden. So bedauerlich diese Einschränkung ist, dürfte sie die Ergebnisse doch nicht wesentlich verzerren, da die fünf betrachteten Parteien beinahe 95 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnten.⁴

Um die Wirkung der Einstellung zur europäischen Integration auf die Wahlentscheidung zu prüfen, wird diese in einer multinomialen logistischen

⁴ Den hier dargestellten Analysen liegen ungewichtete Daten zugrunde. Zwar weichen die Stimmenanteile der Parteien im Datensatz deutlich vom tatsächlichen Wahlausgang ab, doch ändert die Anwendung verschiedener Gewichtungsprozeduren die substantiellen Ergebnisse nicht.

Regression auf jene zurückgeführt. Würde man ausschließlich die Haltung zur EU-Integration als unabhängige Variable verwenden, liefe man jedoch Gefahr, deren Einfluss auf die Wahlentscheidung zu überschätzen. Im Extremfall könnte man zu dem Ergebnis gelangen, es gebe eine Wirkung, obwohl überhaupt kein eigenständiger Effekt vorliegt. Um einen solchen Fehlschluss zu vermeiden, wird in der Analyse eine Reihe weiterer Merkmale als unabhängige Variablen einbezogen, insbesondere solche, von denen anzunehmen ist, dass sie das Wahlverhalten beeinflussen und mit der Haltung zur EU-Integration zusammenhängen.

Im Einzelnen werden soziodemographische Merkmale wie Geschlecht, Alter, formale Bildung, Stellung im Beruf, Gewerkschaftsmitgliedschaft, Konfession und Kirchengangshäufigkeit berücksichtigt (siehe etwa Plasser, Ulram und Seeber 2007: 159-166). Darüber hinaus wird die Parteiidentifikation als zentrale Determinante der Wahlentscheidung kontrolliert (vgl. Campbell u.a. 1960).⁵

Daneben werden zwei weitere potentielle Einflussgrößen einbezogen, die speziell bei der Nationalratswahl 2008 von Belang gewesen sein sollte. Zum einen wird untersucht, ob die Teuerung und die daraus resultierenden Beschränkungen in den Lebensgewohnheiten das Wahlverhalten beeinflussten. Die Inflation war in der Schlussphase des Wahlkampfes 2008 das wichtigste Kampagnenthema (Müller 2009: 2). Da öffentliche Auseinandersetzungen zwischen Parteien und Kandidaten über eine politische Streitfrage die Aufmerksamkeit der Wahlberechtigten darauf lenken und zu einem wahlrelevanten Faktor machen können, dürfte die Preissteigerung bei der Nationalratswahl 2008 erheblich ins Gewicht gefallen sein. Soweit die Kampagnenbotschaften der Parteien verfangen, sollten von der Teuerung subjektiv betroffene Personen besonders häufig für SPÖ, FPÖ oder BZÖ votiert haben.

Zum anderen wird untersucht, ob die Zeitungslektüre die Wahlentscheidung beeinflusste. Es ist bekannt, dass von Massenmedien propagierte Parteipräferenzen Wahlverhalten beeinflussen können (Schmitt-Beck 2000). Wie bereits dargestellt, warb die *Kronen Zeitung* im Wahlkampf 2008 für die SPÖ und deren Spitzenkandidaten. In der Kritik des Blattes stand vor allem die ÖVP, dies nicht zuletzt wegen ihrer pro-europäischen Haltung. Sollte diese in der Zweiten Republik beispiellose Medienkampagne nicht vollkommen wirkungslos verpufft sein, müssten Personen, die ausschließlich dieses Blatt lasen, mit deutlich erhöhter Wahrscheinlichkeit für die SPÖ votiert haben.

Im dritten Schritt gilt es schließlich zu untersuchen, ob und inwieweit bestimmte Wählergruppen bei der Stimmentscheidung am 28. September 2008

⁵ Da andernfalls statistische Probleme auftreten würden, können nur Identifikationen mit der SPÖ, der ÖVP und der FPÖ berücksichtigt werden. Die zentralen Ergebnisse dieser Analyse lässt diese Einschränkung allerdings unberührt, wie weiterführende Analysen zeigen.

unterschiedlich stark von EU-bezogenen Einstellungen beeinflusst wurden. Geht man davon aus, dass die europäische Integration ein abstraktes und vom Alltag der meisten Bürger allzu weit entferntes Thema ist, müsste diese Frage vorwiegend (oder gar ausschließlich) bei den politisch hochgradig involvierten Bürgern die Wahlentscheidung beeinflusst haben. Um die politische Involvierung zu messen, werden üblicherweise Wissensindikatoren oder aber das subjektive politische Interesse verwendet (Zaller 1992). Da der vorliegende Datensatz entsprechende Informationen nicht enthält, wird die formale Bildung als Hilfsindikator verwendet (siehe Pattie und Johnston 2001). Um zu prüfen, ob eine hohe formale Bildung die Stärke des EU-Effekts steigert, werden Interaktionsvariablen aus der formalen Bildung und der Haltung zur EU in die Analyse einbezogen.

4. Empirische Befunde

Die Haltung der österreichischen Wähler zur Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union kann insgesamt als vorsichtig optimistisch bezeichnet werden. Gut fünfzig Prozent der Befragten nahmen Ende September 2008 eher Vorteile als Nachteile wahr, die Österreich aus der EU-Zugehörigkeit erwachsen. Weitere zwanzig Prozent meinten sogar, dass die Vorteile deutlich überwögen. Deutlich spärlicher besetzt waren die Reihen der EU-Skeptiker: ein knappes Viertel der Respondenten erkannte eher Nachteile als Vorzüge, während fünf Prozent der Befragten sehr große Nachteile mit der EU-Mitgliedschaft Österreichs verbunden sahen. Diese Verteilung EU-bezogener Einstellungen zeichnet ein etwas optimistischeres, aber kein grundsätzlich anderes Bild von den Ansichten der Österreicher über die EU-Mitgliedschaft ihres Landes als die im Herbst 2008 mit etwas anderen Instrumenten und abweichender Stichprobenziehung im Rahmen der regelmäßigen Eurobarometerumfrage gemessenen Werte (Europäische Kommission 2008: 25-26).

Wie lassen sich die Wählerurteile über die österreichische EU-Mitgliedschaft erklären? Könnten sie vollständig auf Elitesignale zurückgeführt werden, wäre nicht davon auszugehen, dass die EU-bezogenen Einstellungen das Wahlverhalten eigenständig beeinflussen. Die Resultate einer Ordered-Logit-Analyse in Tabelle 1 zeigen, dass Parteibindungen die erwarteten Wirkungen entfalten. Die Anhänger der beiden Rechtsaußen-Parteien FPÖ und BZÖ erweisen sich als sehr kritisch gegenüber der EU-Mitgliedschaft Österreichs. Anders die Anhänger der konservativen ÖVP und der linksliberalen Grünen, die überdurchschnittlich europafreundlich eingestellt sind. Die SPÖ-Anhänger schließlich unterscheiden sich in ihrer Haltung zur EU-Mitgliedschaft Österreichs

praktisch nicht von den Befragten ohne Parteiidentifikation. Damit stehen sie zwischen den Anhängern von FPÖ und BZÖ einerseits und den Anhängern von ÖVP und Grünen andererseits. Dieses Ergebnis steht im Einklang mit der Annahme, dass der abrupte Kurswechsel der SPÖ-Führung im Sommer 2008 die Anhänger der Sozialdemokraten zu europapolitischer Ambivalenz veranlasst habe. Allerdings wären zusätzliche Daten erforderlich, um prüfen zu können, ob nur diese und keine andere Argumentation mit den empirischen Mustern vereinbar ist.

Informationen über die Zeitungslektüre der Befragten tragen einiges dazu bei, die Urteile über die EU-Mitgliedschaft Österreichs zu erklären. Nimmt man die Respondenten zum Maßstab, die keine Tageszeitung regelmäßig lesen, zeichnet sich folgendes Muster ab. Die Exklusivlektüre der Kronenzeitung scheint dazu beigetragen zu haben, dass Bürger europaskeptische Haltungen erwarben. Dagegen scheinen Bürger, die dieses Boulevardblatt mieden, vergleichsweise europafreundlich gesinnt zu sein. Vor diesem Hintergrund scheint es plausibel, dass die Lektüre der Krone und wenigstens einer anderen Tageszeitung ohne messbaren Effekt auf die EU-bezogenen Einstellungen bleibt. In gewissem Maße gilt also: Sage mir, welche Zeitung du liest, und ich sage dir, wie du über Europa denkst.⁶

Hält man Parteiloyalitäten und Zeitungslektüre rechnerisch konstant, bleiben viele soziodemographische Merkmale ohne Wirkung auf die Bewertung der EU-Mitgliedschaft Österreichs. Die Konfessionszugehörigkeit ist für diese Einstellung ebenso irrelevant wie eine Gewerkschaftsmitgliedschaft. Anders verhält es sich mit der Kirchengangshäufigkeit, die als Indikator für die Kirchenbindung gilt. Personen, die an Feiertagen oder sogar jeden Sonntag den Gottesdienst besuchen, fallen mit einer vergleichsweise euro-skeptischen Haltung auf. Betrachtet man die verschiedenen Berufsgruppen, sind bei Landwirten, Arbeitern, öffentliche Bediensteten sowie Pensionisten und Rentnern wenigstens tendenziell kritische Einschätzungen zu beobachten. Wie bereits bei der Kirchenbindung entsprechen diese Befunde nur zum Teil den theoretischen Annahmen.⁷

⁶ Die ausgewiesenen Effekte dürften die obere Grenze der Wirkungen der Zeitungslektüre auf die EU-bezogenen Einstellungen markieren. Denn neben dem beschriebenen Effekt ist auch eine umgekehrte Wirkung von der Haltung zur EU auf die Zeitungslektüre nicht auszuschließen. Das hier verwendete Analysedesign erlaubt es nicht, beide Effektrichtungen voneinander zu trennen. Vielmehr wird der statistische Zusammenhang zwischen Zeitungslektüre und EU-Bewertung vollständig als Effekt ersterer auf letztere interpretiert. Soweit empirisch auch umgekehrte Effekte auftreten, wird mit der hier gewählten Vorgehensweise die Wirkung der Zeitungslektüre überschätzt.

⁷ Kontraintuitive Befunde resultieren in der Regel bereits bei bivariater Betrachtung, sind also nicht das Ergebnis von Drittvariablenkontrolle.

Die dargestellten Wirkungsmuster dürfen jedoch nicht den Blick auf den zentralen Befund verstellen: Die Vermutung, Einstellungen zur EU-Mitgliedschaft Österreichs seien allein ein Spiegelbild von Parteibindungen, der Position in der gesellschaftlichen Konfliktstruktur oder der präferierten Zeitung, ist unbegründet. Diese Merkmale tragen zwar durchaus dazu bei, die Haltung der Befragten zur EU-Mitgliedschaft ihres Landes zu erklären. Doch ist ihre Erklärungsleistung ausgesprochen niedrig, wie sich an McFaddens Pseudo-R² von 0,07 ablesen lässt. Bewertungen der EU-Mitgliedschaft Österreichs scheinen demnach innerhalb sozialer Gruppen, Parteianhängerschaften und Zeitungspublika ganz erheblich zu variieren. Daher gibt es ein beträchtliches Potential für eigenständige Wirkungen EU-bezogener Einstellungen auf das Stimmverhalten bei der Nationalratswahl am 28. September 2008.

- Tabelle 1 etwa hier –

Um zu prüfen, ob die EU-bezogenen Einstellungen das Stimmverhalten tatsächlich beeinflussten, wurde das Verfahren der multinomialen logistischen Regression angewandt. Es ist geeignet, die Wirkung mehrerer unabhängiger Variabler auf eine polytome abhängige Variable zu untersuchen. Die abhängige Variable ist die Wahlentscheidung zwischen SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grünen und BZÖ. Die zentrale unabhängige Variable ist die Haltung zur EU-Mitgliedschaft Österreichs. Daneben wurden soziodemographische Merkmale, Parteiloyalitäten, wahrgenommene Konsequenzen der Teuerung und die Zeitungslektüre als mögliche Einflussgrößen berücksichtigt. Die Ergebnisse dieser Analyse sind in Tabelle 2 zusammengestellt.

Die Resultate zeigen, dass soziodemographische Merkmale das Stimmverhalten kaum direkt beeinflussen. Dieser Befund kann nicht überraschen, da Wirkungen soziodemographischer Merkmale auf die Wahlentscheidung in der Regel über andere, attitudinale Merkmale vermittelt sind und in der vorliegenden Analyse eine ganze Reihe von Einstellungsgrößen berücksichtigt ist. Gleichwohl scheinen einzelne sozialstrukturelle das Wahlverhalten auch unter Kontrolle dieser logisch näher an der Wahlentscheidung liegenden Konzepte zu beeinflussen. Frauen tendieren stärker als Männer zur Wahl der Grünen. Daneben geht mit zunehmendem Alter die Wahrscheinlichkeit, für die Grünen oder die FPÖ zu stimmen, zurück. Ferner steigt mit der Bildung eines Wählers die Wahrscheinlichkeit, dass er sich für die Grünen entscheidet. Während die Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe das Wahlverhalten nur unwesentlich zu beeinflusst, profitiert die SPÖ-Wahlwahrscheinlichkeit deutlich von einer

Gewerkschaftsmitgliedschaft. Analog steigert eine starke Kirchenbindung die Wahrscheinlichkeit, für ÖVP zu votieren.

Wesentlich stärker als soziodemographische Merkmale beeinflussen Parteiloyalitäten das Stimmverhalten bei der Nationalratswahl 2008. Dieser Befund steht im Einklang mit dem Konzept der Parteiidentifikation als langfristiger Entscheidung für eine Partei, von der eine Person nur dann abweicht, wenn triftige Gründe dafür vorliegen (Campbell u.a. 1960; Miller und Shanks 1996). Insoweit scheinen die österreichischen Wähler jenen in etlichen anderen Demokratien zu ähneln (Schoen und Weins 2005).

Gingen von den wahl-spezifischen Faktoren Wirkungen aus? Ließen sich die Wähler am 28. September von der Teuerungsfrage, dem wohl prominentesten Kampagnenthema der heißen Wahlkampfphase beeinflussen? Die Analyse zeigt, dass die wahrgenommene Teuerung das Stimmverhalten nicht unberührt ließ. Personen, die ihre Handlungsmöglichkeiten durch steigende Preise eingeschränkt sahen, mieden vor allem die ÖVP und wandten sich SPÖ oder BZÖ zu. Um diese Wirkung besser zu veranschaulichen, wurde auf Basis der Ergebnisse in Tabelle 2 berechnet, wie sich die Wahlwahrscheinlichkeiten verändern würden, wenn sich eine Person von minimalen zu maximalen wahrgenommenen Teuerungsfolgen bewegt und gleichzeitig alle anderen Variablen in der Gleichung konstant auf den angemessenen Mittelwert gesetzt sind. In diesem Fall würde die Wahrscheinlichkeit, für die SPÖ zu votieren, bei erheblichen Inflationssorgen um knapp fünf Prozentpunkte ansteigen, im Falle des BZÖ sind es sogar neun Prozentpunkte. Dagegen würde die ÖVP-Wahlwahrscheinlichkeit um beinahe 15 Prozentpunkte absinken.

Auch die Zeitungslektüre scheint das Stimmverhalten bei der Nationalratswahl beeinflusst zu haben. Bei der Einordnung der Ergebnisse in Tabelle 2 ist zu beachten, dass der Pressekonsum mit drei Dummyvariablen gemessen wird und die diesen Variablen zugewiesenen Koeffizienten relativ zur Referenzkategorie „keine Tageszeitungslektüre“ zu interpretieren sind. So betrachtet, zeigen die Resultate, dass die ausschließliche Lektüre anderer Zeitungen als der Kronenzeitung das Wahlverhalten im Vergleich zu vollständiger Zeitungsabstinenz praktisch unverändert ließ. Anders verhält sich bei den Personen, die nur oder auch die Inhalte der Kronenzeitung regelmäßig zur Kenntnis nahmen. In beiden Fällen hatten die Grünen mit Stimmeneinbußen zu rechnen, während SPÖ und FPÖ mit Stimmengewinnen rechnen konnten. Die ÖVP musste interessanterweise vor allem bei den Personen mit Stimmenverlusten rechnen, die sowohl die Kronenzeitung als auch andere Tageszeitungen konsumierten.⁸

⁸ Diese Ergebnisse markieren insoweit die Obergrenze des Einflusses der Zeitungslektüre, als andere, hier nicht kontrollierte Faktoren – zu denken ist etwa an Wertorientierungen – die Zeitungslektüre und die Wahlentscheidung beeinflussten.

Konnte neben diesen Einflussgrößen die Haltung zur EU-Mitgliedschaft Österreichs eine Wirkung auf das Stimmverhalten bei der Nationalratswahl 2008 entfalten? Die Ergebnisse der Regressionsanalyse legen eindeutig eine positive Antwort nahe. Es liegt ein statistisch signifikanter Effekt vor ($\chi^2(4) = 59,13$, $p = 0,0000$).⁹ Allerdings lassen sich die Ergebnisse multinomialer logistischer Regressionen nicht ohne weiteres so interpretieren, dass die substantielle Relevanz von Effekten ersichtlich wird. Dies gelingt leichter, wenn man aus den Koeffizientenschätzungen – wie bereits demonstriert – Wahlwahrscheinlichkeiten berechnet und Wirkungen in Form von veränderten Wahlwahrscheinlichkeiten darstellt. Um ein möglichst differenziertes Bild von den Wirkungen EU-bezogener Einstellungen zeichnen zu können, wurden in diesem Fall Wahrscheinlichkeiten für eine Reihe von Teilgruppen des Elektorats errechnet. Diese Ergebnisse sind in Tabelle 3 zusammengestellt.

Die Resultate zeigen, dass bei Wählern ohne Parteibindung die Haltung zur österreichischen EU-Mitgliedschaft die Stimmentscheidung wesentlich beeinflusste. Über die verschiedenen Gruppen parteilich ungebundener Wähler hinweg wird ein Muster deutlich: eine positive Bewertung der EU-Mitgliedschaft ließ die Aussichten der FPÖ, die Stimme eines Wählers zu erhalten, drastisch sinken. Bewegt man sich von einer sehr pessimistischen zu einer sehr optimistischen Haltung zur EU, wird ein Votum für die Freiheitlichen um eine Marge von gut 30 bis beinahe 50 Prozentpunkten weniger wahrscheinlich. Auch die Wahlaussichten des BZÖ verschlechtern sich als Reaktion auf europafreundliche Einstellungen, doch fallen diese Verluste vor allem bei parteilich ungebundenen Arbeitern und Rentnern weniger ins Gewicht. Im Gegenzug profitieren ÖVP und Grüne von einer europhilen Haltung. In der Arbeiterschaft und unter Rentnern sowie Pensionären erscheint die ÖVP als hauptsächliche Profiteurin, während europafreundliche Ansichten unter Angestellten in erster Linie die Wahlchancen der Grünen deutlich begünstigen. Wenngleich sie unter parteipolitisch ungebundenen Wählern insgesamt das Stimmverhalten erheblich beeinflussen, lassen europapolitische Einstellungen in dieser Gruppe die Wahlentscheidung zugunsten der SPÖ praktisch vollkommen unberührt.¹⁰

⁹ Die Effekte der Teuerung ($\chi^2(4) = 11,27$, $p = 0,0237$) und der Zeitungslektüre ($\chi^2(12) = 49,18$, $p = 0,0000$) fallen merklich schwächer aus.

¹⁰ Betrachtet man die SPÖ-Wahlwahrscheinlichkeit im Detail, wird deutlich, dass diese in vielen Fällen bei Personen mit einer mittleren Position zur Europapolitik minimal erhöht ist.

Bedenkt man die erhebliche Prägekraft von Parteiloyalitäten auf politisches Verhalten, ist anzunehmen, dass europapolitische Einstellungen das Stimmverhalten von Parteianhängern weniger stark beeinflusst als jenes von parteipolitisch nicht gebundenen Personen. Die Evidenz zu den SPÖ-Anhängern bestätigt diese Vermutung weitgehend. Zwar reagiert die Wahlbereitschaft zugunsten der FPÖ merklich auf EU-Einstellungen, doch fallen die Verschiebungen klein aus. Allein hochgebildete SPÖ-Anhänger scheinen an der Wahlurne relativ sensibel auf europapolitische Fragen zu reagieren. Deutlichere Ausschläge im Wahlverhalten sind unter den – deutlich weniger zahlreichen – FPÖ-Anhängern zu erkennen. Dabei profitieren ÖVP und Grüne zu Lasten der FPÖ von EU-freundlichen Einstellungen. Noch stärker von ihrer Haltung zur EU-Mitgliedschaft Österreichs hängt das Wahlverhalten der ÖVP-Anhänger ab, die darin den parteipolitisch ungebundenen Wählern stark ähneln. In diesem Segment des Elektorats fällt zudem auf, dass die Stimmenanteile von ÖVP und FPÖ wie kommunizierende Röhren erscheinen: Je positiver ein ÖVP-Anhänger die österreichische EU-Zugehörigkeit beurteilt, umso wahrscheinlicher meidet er die FPÖ und umso wahrscheinlicher stimmt er für die ÖVP; die Grünen fallen als Nutznießer europhiler Einstellungen unter den Anhängern der konservativen Volkspartei praktisch nicht ins Gewicht. Insgesamt entsprechen somit die SPÖ-Anhänger am ehesten dem Bild der im Stimmverhalten weitgehend festgelegten und von EU-Einstellungen nicht beeinflussbaren Wähler, während FPÖ-, vor allem aber ÖVP-Anhänger ähnlich stark wie parteipolitisch Ungebundene auf EU-bezogene Einstellungen reagieren. Die elektorale Wirkung europapolitischer Einstellungen beschränkt sich also nicht allein auf die – wachsende – Gruppe der Österreicher ohne Parteiidentifikation.

Nachdem die Wirkung europapolitischer Einstellungen auf die individuelle Wahlentscheidung in diversen Subgruppen des Elektorats nachgewiesen worden ist, stellt sich beinahe von selbst die Frage nach Wirkungen auf die Stimmenverteilung im Aggregat, also auf Wahlausgänge. Um diese Frage zu beantworten, werden Simulationen für zwei kontrafaktische Szenarien mit dem tatsächlichen Wahlausgang 2008 verglichen. Zum einen wird auf der Grundlage der in Tabelle 2 zusammengestellten Analyseergebnisse ein hypothetischer Wahlausgang ermittelt, und zwar unter der Annahme, dass alle Wähler die EU-Mitgliedschaft Österreichs sehr negativ beurteilen würden. Die zweite Simulation bezieht sich auf ein Szenario, in dem sämtliche Stimmbürger in der Zugehörigkeit ihres Landes zur Europäischen Union sehr große Vorteile sehen. Die Ergebnisse dieser Simulationen sind in Abbildung 1 dargestellt.

Die empirische Evidenz zeigt, dass Verschiebungen in der öffentlichen Meinung zur europäischen Integration – unter den Bedingungen der Wahl 2008 – für beträchtliche Veränderungen in der Stimmenverteilung sorgen würden. Für den Fall, dass die österreichischen Wähler die EU-Mitgliedschaft ihres Landes durchweg kritisch beurteilen würden, wäre die FPÖ mit massiven Stimmengewinnen von knapp 15 Prozentpunkten die Hauptnutznießerin, das BZÖ könnte immerhin noch Zugewinne von fünf Punkten erwarten. Leidtragende wären ÖVP und Grüne mit Verlusten von knapp elf bzw. acht Punkten. Im umgekehrten Fall eines verbreiteten europapolitischen Optimismus könnten diese beiden Parteien mit um gut fünf bzw. vier Punkte höheren Stimmenanteilen rechnen. Hauptverlierer wäre in diesem Fall die FPÖ mit Einbußen von knapp sechs Prozentpunkten. Wie vor dem Hintergrund der Ergebnisse auf der Individualebene nicht anders zu erwarten, würde der Stimmenanteil der Sozialdemokraten von Verschiebungen der öffentlichen Meinung zur europäischen Integration praktisch unberührt bleiben.

- Abbildung 1 etwa hier –

Die Aggregatperspektive erlaubt es zusätzlich, den Einfluss europapolitischer Einstellungen mit der Wirkung der Teuerung und der Zeitungslektüre anschaulich zu vergleichen. Im Vergleich zu den Ausschlägen in der Stimmenverteilung infolge von Verschiebungen in der öffentlichen Meinung zur Europapolitik sind die Aggregateffekte der Teuerungsfrage sehr bescheiden. Würden alle Österreicher die Teuerung als empfindliche Beschränkung ihrer Handlungsmöglichkeiten empfinden, müsste die ÖVP mit gut drei Punkten die größten Stimmeneinbußen hinnehmen. Im umgekehrten Fall wäre sie mit einer ähnlichen Marge die größte Nutznießerin der veränderten öffentlichen Meinung (die Effekte sind nicht tabellarisch oder graphisch ausgewiesen).

Die Zeitungslektüre scheint von größerer Tragweite für die Stimmenverteilung zu sein, doch fällt sie nicht so stark ins Gewicht wie europapolitische Einstellungen. Würden alle Österreicher zu Exklusivlesern der Kronenzeitung, hätten die Grünen im Vergleich zu ihrem Abschneiden 2008 mit Einbußen von zehn Punkten zu rechnen. Hauptsächliche Gewinner dieser Entwicklung wären – nach dieser Simulation – SPÖ und ÖVP mit je um rund dreieinhalb Punkten höheren Stimmenanteilen. Läse kein Österreicher die Kronenzeitung auch nur neben einer anderen Tageszeitung, geschweige nur dieses Boulevardblatt, wären die Grünen die wesentlichen Profiteure mit einem Zugewinn von knapp vier Punkten. Die SPÖ wäre mit zwei Punkten Einbußen die größte Verliererin einer solchen Entwicklung.

Damit ist bislang gezeigt worden, dass das europapolitische Issue bei der Nationalratswahl 2008 erheblich ins Gewicht fiel – und stärker als zwei Faktoren, die bei diesem Urnengang als besonders einflussreich gelten. Nun bleibt abschließend zu klären, ob die Wirkung europapolitischer Einstellungen von der formalen Bildung der Wähler abhängt. Um diese Frage nach der moderierenden Wirkung des Bildungsgrades zu klären, wurde die gleiche Analyse wie diejenige durchgeführt, deren Ergebnisse in Tabelle 2 berichtet sind – mit dem Unterschied, dass zusätzlich Interaktionsterme aus den beiden Bildungsvariablen einerseits und der europapolitischen Haltung andererseits als Vorhersagevariablen einbezogen wurden. Die entsprechenden Ergebnisse sind in Tabelle 4 dargestellt.

- Tabelle 4 etwa hier –

Die Evidenz spricht dafür, dass EU-bezogene Einstellungen das Stimmverhalten weitgehend unabhängig von der Formalbildung der Wähler beeinflussten. Zwar sind die Effekte des EU-Issues bei höherer Bildung tendenziell stärker, doch sind diese Unterschiede weit von statistischer Signifikanz und substantieller Relevanz entfernt. Es kommt hinzu, dass Einstellungen zur europäischen Integration das Wahlverhalten auch auf dem niedrigsten Bildungsniveau eigenständig beeinflusst ($\chi^2(4) = 13.12, p = 0.0107$). Folglich ist die formale Bildung kein starker Moderator des EU-Issueeffekts bei der Nationalratswahl 2008, erst recht ist eine hohe formale Bildung keine Voraussetzung für EU-bezogenes Issuewählen.¹¹

5. Zusammenfassung und Diskussion

Ziel des vorliegenden Beitrages war es zu untersuchen, ob Einstellungen zur europäischen Integration das Wahlverhalten bei der Nationalratswahl am 28. September 2008 beeinflussten. Die Analyse zu den Determinanten europapolitischer Einstellungen hat zunächst gezeigt, dass EU-bezogene Einstellungen zwar durchaus von langfristigen Parteibindungen, der Position in der Sozialstruktur und der präferierten Zeitungslektüre geprägt werden, von diesen aber beileibe nicht vollständig determiniert sind. Die Österreicher orientieren sich bei ihrer Meinungsbildung zur Europapolitik also nicht ausschließlich an Signalen vertrauter Partei- und Medieneliten. Folglich gibt es ein Potential für echtes EU-Issuewählen.

¹¹ Zu identischen Schlussfolgerungen führt eine Analyse mit einem einzigen Bildungsindex.

Wie die Analyse des Wahlverhaltens im zweiten Schritt zeigte, wurde dieses Potential bei der Nationalratswahl am 28. September 2008 genutzt. Auch wenn man soziodemographische Merkmale, Parteibindungen und zwei wahl-spezifische Faktoren kontrolliert, lassen sich erhebliche Effekte europapolitischer Einstellungen auf das Wahlverhalten nachweisen. Diese Wirkungen bestehen darin, dass EU-Skepsis in erster Linie ein Votum für die Freiheitlichen wesentlich wahrscheinlicher werden ließ. Europafreundliche Haltungen begünstigten vor allem die Wahlaussichten der konservativen ÖVP und der linksliberalen Grünen. Diese Befunde deuten darauf hin, dass die Europapolitik bei der Wahlentscheidung 2008 stärker ins Gewicht fiel, als es den Wählern selbst bewusst war (Plasser und Ulram 2008: 15-28). Im Ergebnis reiht sich Österreich unter jene EU-Mitgliedstaaten ein, in denen Einstellungen zur europäischen Integration oder zu europapolitischen Einzelfragen das Wahlverhalten bei nationalen Wahlen beeinflussen (Evans 1998, 1999a, b; Gabel 2000; Pappi und Thurner 2000; Tillman 2004; de Vries 2007; Schoen 2008).

Anders als in einigen dieser Fälle unterscheiden sich österreichische Wähler verschiedener Bildungsschichten in Bezug auf EU-bezogenes Issuewählen nur geringfügig. Die Europapolitik scheint daher keine schwierige Sachfrage zu sein. Eher scheint es sich um ein Thema zu handeln, zu dem sich viele Bürger ein Urteil bilden und auf dieser Grundlage entscheiden können. Nicht zuletzt darin dürfte ein Grund für das beträchtliche Potential der Europapolitik liegen, Wahlen in Österreich entscheidend zu beeinflussen.

Auch in Österreich scheint also der einst schlafende elektorale Riese „Europäische Integration“ (siehe zu dem Bild van der Eijk und Franklin 2007) erwacht zu sein. Allerdings lässt sich mangels geeigneter Daten nicht feststellen, ob er erst 2008 erwachte. Auch wird erst die Zukunft zeigen können, ob er schon ganz zu Kräften gekommen ist. Zumindest scheinen noch stärkere Effekte denkbar, wenn die europäische Integration als zentrale Streitfrage die Wahlauseinandersetzung dominierte (de Vries 2007). Bedenkt man die hier aufgezeigten Wirkungspotentiale europapolitischer Einstellungen auf Wahlverhalten und -ausgang, scheinen solche Kampagnen in der Zukunft nicht ausgeschlossen.

Unabhängig von diesen in die Zukunft gerichteten Fragen scheint in Österreich eine notwendige Bedingung für eine funktionierende Verknüpfung von Bürgerwünschen und Elitenhandeln in der Europapolitik erfüllt zu sein (Carrubba 2001). Denn die Wahlbürger stützen ihre Stimmenscheidung auch auf europapolitische Präferenzen und teilen damit den politischen Eliten ihre Vorstellungen mit. Folglich scheinen die Zweifel Alfred Gusenbauers (2008) an der Funktionstüchtigkeit dieser Verknüpfung im Hinblick auf die Wählerseite unbegründet. EU-bezogenes Wahlverhalten ist jedoch nur eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine gelungene Verbindung zwischen Bürgerpräferenzen und Elitehandeln. Dazu bedarf es zusätzlich einer responsiven

Elite. Ob Parteien und deren Spitzenpolitiker tatsächlich ein offenes Ohr für die europapolitischen Wünsche der Bürger haben, konnte in dieser Analyse nicht untersucht werden. Sollten sich hier Defizite nachweisen lassen, könnten Referenden durchaus ein geeignetes Instrument sein, den Forderungen der Bürger Nachdruck zu verleihen und die Policy-Responsivität von Parteien und Politikern zu steigern, auch wenn diese natürlich selbst erheblichen Einfluss auf Kampagnen und Stimmverhalten bei Referenden nehmen können (z.B. Trechsel und Sciarini 1998).

Die Europapolitik löste nicht nur die vorgezogene Nationalratswahl 2008 aus, sondern beeinflusste auch das Stimmverhalten am Wahltag. Allerdings ließen europapolitische Einstellungen die Stimmentscheidung zugunsten der SPÖ praktisch unberührt, ironischerweise also derjenigen Partei, deren Kurswechsel in der Europapolitik den Neuwahlprozess in Gang gesetzt hatte. Dieser Befund mag auf den ersten Blick paradox erscheinen, doch lassen sich auf den zweiten Blick wenigstens zwei Argumente finden, ihn zu plausibilisieren. Zum einen thematisierte die SPÖ in der heißen Wahlkampfphase die Europapolitik kaum mehr, sondern konzentrierte sich vor allem auf die Teuerung und andere Fragen (Müller 2009: 2). Zum anderen könnte der europapolitische Kurswechsel der SPÖ dazu beigetragen haben, dass Wähler bei der Entscheidung für oder gegen die Sozialdemokraten die Europapolitik ausblendeten. Manchem Bürger könnte es schwergefallen sein, nach der Kehrtwende der Sozialdemokraten eine eindeutige europapolitische Position dieser Partei auszumachen. Und sofern sie eine solche erkannten, könnten sie Zweifel an deren Verlässlichkeit verspürt haben. Leider können diese Spekulationen mit den vorliegenden Daten nicht auf ihre Gültigkeit hin überprüft werden.

Die vorliegende Analyse weist zugleich auf weitere Desiderate hin, derer sich die künftige Forschung annehmen sollte. Mangels geeigneter Daten konnte eine Reihe wünschenswerter potentieller Einflussfaktoren wie etwa ideologische Orientierungen, Kandidatenbewertungen und zusätzliche Issueorientierungen nicht in die Analyse einbezogen werden. Infolgedessen konnte die Wirkung EU-bezogener Einstellungen auf Wahlverhalten in Österreich zwar besser als vorher, aber nicht vollends befriedigend untersucht werden. Auch sollte die Wahlenthaltung als eine Handlungsmöglichkeit berücksichtigt werden. Ebenso wäre es wünschenswert gewesen, die seitens der Bürger wahrgenommenen europapolitischen Positionen der Parteien in die Analyse einzubeziehen. Auch sollten in künftigen Untersuchungen bessere Indikatoren als die formale Bildung zur Messung politischer Involvierung verwendet werden. Schließlich ergeben sich weitere Verbesserungsmöglichkeiten daraus, dass Daten zu einer einzigen Wahl verwendet wurden, die an einem Tag erhoben wurden. Die Konzentration auf einen Urnengang schließt aus, die Wirkungen mittel- und langfristiger Veränderungen im Parteiensystem und im Kontext auf das Wahlverhalten und dessen Determinanten zu untersuchen. Indem die Daten an einem Tag gesammelt

wurden, begibt man sich der Möglichkeit, die Dynamik EU-bezogener Einstellungen und ihrer wahlbezogenen Wirkungen während eines Wahlkampfes zu untersuchen. Der vorliegende Aufsatz hat somit zwar die elektorale Wirkmacht EU-bezogener Einstellungen in Österreich aufgezeigt, weist aber mindestens so deutlich darauf hin, dass weitere Forschungsanstrengungen erforderlich sind, um die Wirkungsbedingungen und -mechanismen genauer zu untersuchen.

Literaturverweise

Adams, James und Samuel Merrill (2005). Candidates' policy platforms and election outcomes: The three faces of policy representation. *European Journal of Political Research* 44, 899-918.

Alvarez, Michael R., Jonathan Nagler, Jennifer R. Willette (2000). Measuring the Relative Impact of Issues and the Economy in Democratic Elections. *Electoral Studies* 19, 237-253.

Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren E. Miller, Donald E. Stokes (1960). *The American Voter*. New York.

Carmines, Edward G. und James A. Stimson (1980). The Two Faces of Issue Voting. *American Political Science Review* 74, 78-91.

Carrubba, Clifford J. (2001). The Electoral Connection in European Union Politics. *Journal of Politics* 63, 141-158.

DeVries, Catherine (2007). Sleeping Giant: Fact or Fairytale? How European Integration affects National Elections. *European Union Politics* 8, 363-385.

Europäische Kommission (2008): Eurobarometer 70. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Herbst 2008: *Nationaler Bericht Österreich*. Brüssel.

Evans, Geoffrey (1998). Euroscepticism and Conservative Electoral Support: How an Asset Became a Liability. *British Journal of Political Science* 28, 573-590.

Evans, Geoffrey (1999a). Economics and Politics Revisited: Explaining the Decline in Conservative Support 1992-1995. *Political Studies* 47, 139-151.

Evans, Geoffrey (1999b). Europe: A New Electoral Cleavage? In Geoffrey Evans und Pippa Norris (eds.). *Critical Elections: British Parties and Voters in Long-Term Perspective*, Thousand Oaks, 207-222.

Fitzmaurice, John (1995). The 1994 Referenda on EU Membership in Austria and Scandinavia – A Comparative Analysis. *Electoral Studies* 14, 222-226.

- Gabel, Matthew (1998a). Public Support for European Integration: An Empirical Test of Five Theories. *Journal of Politics* 60, 333-354.
- Gabel, Matthew (1998b). Economic Integration and Mass Politics: Market Liberalization and Public Attitudes in the European Union. *American Journal of Political Science* 42, 936-953.
- Gabel, Matthew (2000). European Integration, Voters and National Politics. *West European Politics* 23, 52-72.
- Gusenbauer, Alfred (2008). Warum Europa die Europäer nicht fürchten sollte. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. Juli 2008, 10.
- Gusenbauer, Alfred und Werner Faymann (2008). Volksabstimmung für neuen EU-Vertrag. *Neue Kronen-Zeitung* vom 26. Juni 2008.
- Haerpfer, Christian und Ernst Gehmacher (1984). Social Structure and Voting in the Austrian Party System. *Electoral Studies* 3, 25-46.
- Hobolt, Sara Binzer und Robert Klemmensen (2005). Responsive Government? Public Opinion and Government Policy Preferences in Britain and Denmark. *Political Studies* 53, 379-402.
- Hooghe, Liesbet und Gary Marks (2004). Does Identity or Economic Rationality Drive Public Opinion on European Integration? *PS: Political Science and Politics* 37, 415-442.
- Hooghe, Liesbet und Gary Marks (2005). Calculation, Community and Cues: Public Opinion on European Integration. *European Union Politics* 6, 419-443.
- Inglehart, Ronald (1970). Public Opinion and European Integration. In Leon Lindberg und Stuart Scheingold (eds.). *European Integration*, Cambridge, 160-191. .
- Jacobs, Lawrence R. und Benjamin I. Page (2005). Who Influences U.S. Foreign Policy? *American Political Science Review* 99, 107-123.
- Kriesi, Hanspeter, Edgar Grande, Romain Lachat, Martin Dolezal, Simon Bornschie, Timotheus Frey (2008). *West European Politics in the Age of Globalization*, Cambridge.
- Kritzinger, Sylvia (2005). European Identity Building from the Perspective of Efficiency. *Comparative European Politics* 3, 50-75.
- Lindberg, Leon und Stuart Scheingold (1970). *Europe's Would-be Polity*, Englewood Cliffs.
- Lipset, Seymour M. und Stein Rokkan (1967). Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction. In Seymour M. Lipset und Stein Rokkan (eds.). *Party Systems and Voter Alignments: Cross – National Perspectives*, New York, 1-64.

- McLaren, Lauren M. (2002). Public Support for the European Union: Cost/Benefit Analysis or Perceived Cultural Threat. *Journal of Politics* 64, 551-566.
- Miller, Warren E. und J. Merrill Shanks (1996). *The New American Voter*, Cambridge/MA.
- Müller, Wolfgang C. (2000). Wahlen und Dynamik des österreichischen Parteiensystems seit 1986. In: Fritz Plasser, Peter A. Ulram, Franz Sommer (Hg.). *Das österreichische Wahlverhalten*, Vienna, 13-54.
- Müller, Wolfgang C. (2008). The surprising election in Austria, October 2006. *Electoral Studies* 27, 175-179.
- Müller, Wolfgang C. (2009). The snap election in Austria, September 2008. *Electoral Studies* 28 (doi: 10.1016/j.electstud.2009.03.003)
- Newman, W. Russell (1986). *The Paradox of Mass Politics*, Cambridge.
- Olt, Reinhard (2008). Österreich wählt vorzeitig ein neues Parlament. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27 September, 2.
- Page, Benjamin I. und Robert Y. Shapiro (1992). *The Rational Public: Fifty Years of Trends in Americans' Policy Preferences*, Chicago.
- Palme, Imma (2000): Issue-Voting: Themen und thematische Positionen als Determinanten der Wahlentscheidung. In Fritz Plasser, Peter A. Ulram, Franz Sommer (Hg.). *Das österreichische Wahlverhalten*, Vienna, 243-259.
- Pappi, Franz Urban und Paul W. Thurner (2000). Die deutschen Wähler und der Euro: Auswirkungen auf die Bundestagswahl 1998? *Politische Vierteljahresschrift* 41, 435-465.
- Pattie, Charles J. und Ron J. Johnston (2001). Routes to party choice: Ideology, economic evaluations and voting at the 1997 British General Election. *European Journal of Political Research* 39, 373-389.
- Plasser, Fritz und Peter A. Ulram (2007). Wählerbewegungen und Parteienkampagnen im Nationalratswahlkampf 2006. In Fritz Plasser und Peter A. Ulram (Hg.). *Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006*, Vienna, 19-37.
- Plasser, Fritz und Peter A. Ulram (2008). *Die Wahlanalyse 2008. Wer hat wen warum gewählt?* Presseunterlage, Vienna: GfK Politikforschung.
- Plasser, Fritz, Peter A. Ulram, Gilg Seeber (2003). Erdrutschwahlen: Momentum, Motive und neue Muster im Wahlverhalten. In Fritz Plasser und Peter A. Ulram (Hg.). *Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002*, Vienna, 97-157.

- Plasser, Fritz, Peter A. Ulram, Gilg Seeber (2007). Was Wähler(innen) bewegt: Parteien-, Themen- und Kandidatenorientierungen 2006. In Fritz Plasser und Peter A. Ulram (Hg.). *Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006*, Vienna, 155-194.
- Powell, G. Bingham (2000). *Elections as Instruments of Democracy: Majoritarian and Proportional Visions*, New Haven.
- Ray, Leonard (2003). When Parties Matter: The Conditional Influence of Party Positions on Voter Opinions about European Integration. *Journal of Politics* 65, 978-994.
- Rohrschneider, Robert (2002). The Democracy Deficit and Mass Support for an EU-wide Government. *American Journal of Political Science* 46, 463-75.
- Schmitt-Beck, Rüdiger (2000). *Politische Kommunikation und Wählerverhalten. Ein internationaler Vergleich*, Wiesbaden.
- Schmitt, Hermann (2005). The European Parliament Elections of June 2004: Still Second-Order? *West European Politics* 28, 650-679.
- Schoen, Harald (2008). Turkey's bid for EU membership, contrasting views of public opinion, and vote choice. Evidence from the 2005 German federal election. *Electoral Studies* 27, 344-355.
- Schoen, Harald und Cornelia Weins (2005). Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten. In Jürgen W. Falter und Harald Schoen (Hg.). *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden, 187-242.
- Sniderman, Paul M. (1993). The New Look in Public Opinion Research. In Ada W. Finifter (ed.). *Political Science: The State of the Discipline II*, Washington DC, 219-245.
- Sniderman, Paul M., Richard A. Brody, Philip E. Tetlock (1991). *Reasoning and Choice. Explorations in Political Psychology*. Cambridge.
- SPÖ (2008). *Wahlmanifest der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Nationalratswahl 2008*. Vienna.
- Taggart, Paul (1998). A Touchstone of Dissent: Euroscepticism in Contemporary Western European Party Systems. *European Journal of Political Research* 33, 363-388.
- Taggart, Paul und Aleks Szczerbiak (eds.) (2008). *Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Vol. 1: Case Studies and Country Surveys*. Oxford.
- Tillman, Erik R. (2004). The European Union at the Ballot Box? European Integration and Voting Behavior in the New Member States. *Comparative Political Studies* 37, 590-610.

Trechsel, Alexander H. und Pascal Sciarini (1998). Direct Democracy in Switzerland: Do Elites Matter? *European Journal of Political Research* 33, 99-124.

Van der Eijk, Cees und Mark N. Franklin (2007). The sleeping giant: Potential for political mobilization of disaffection with European integration. In Wouter van der Brug und Cees van der Eijk (eds.). *European Elections and Domestic Politics. Lessons from the Past and Scenarios for the Future*, Notre Dame, 189-208.

Zaller, John R. (1992). *The Nature and Origins of Mass Opinion*. Cambridge.

Anhang: Kodierung der Variablen

Geschlecht: 0 = männlich, 1 = weiblich

Alter: in Jahren

Mittlere Bildung: 1 = Berufs-/Fachschule mit Abschluss; 0 = andere.

Hohe Bildung: 1 = Matura oder Hochschulabschluss; 0 = andere.

Arbeiter: 1 = Arbeiter, 0 = andere.

Angestellte: 1 = Angestellte, 0 = andere.

Arbeiter: 1 = Arbeiter, 0 = andere.

Selbständige: 1 = Selbständige, 0 = andere.

Öffentlich Bedienstete: 1 = öffentlich Bedienstete, 0 = andere.

Rentner: 1 = Rentner, 0 = andere.

Gewerkschaftsmitgliedschaft: 1 = Mitglied, 0 = andere.

Katholik: 1 = Katholik, 0 = andere.

Kirchgang – sonntags: 1 = Personen, die jeden Sonntag den Gottesdienst besuchen, 0 = andere.

Kirchgang – feiertags: 1 = Personen, die an Feiertagen den Gottesdienst besuchen, 0 = andere.

Kirchgang – unregelmäßig: 1 = Personen, die seltener den Gottesdienst besuchen, 0 = andere.

Parteiidentifikation: “Denken Sie jetzt bitte nicht nur an diese Wahl: Neigen Sie alles in allem einer bestimmten Partei grundsätzlich zu oder ist das bei Ihnen nicht der Fall?“ Falls ja: „Und welcher Partei neigen Sie grundsätzlich zu?“
Dummy-Variablen für Identifikation mit SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne und BZÖ.

Zeitungslektüre:

Kronenzeitung: 1 = Exklusivleser der Kronenzeitung, 0 = andere.

Kronen- und andere Zeitung: 1 = Leser der Kronen- und wenigstens einer anderen Zeitung, 0 = andere.

Andere Zeitung: 1 = Leser einer anderen als der Kronenzeitung, 0 = andere.

EU-Mitgliedschaft: „Bringt die EU-Mitgliedschaft Österreichs für die österreichische Bevölkerung insgesamt (sehr große/eher Vorteile, eher/sehr große Nachteile)?“ Viererskala recodiert auf den Wertebereich 0 (sehr große Nachteile) bis 1 (sehr große Vorteile).

Teuerung: "In der letzten Zeit sind die Preise für Energie und Lebensmittel stark angestiegen. Fühlen Sie sich dadurch in Ihrem finanziellen Handlungsspielraum (bereits stark/spürbar/etwas/bis jetzt noch kaum) eingeschränkt?" Viererskala recodiert auf den Wertebereich 0 (bis jetzt noch kaum) bis 1 (bereits stark).